

P R O T O K O L L

der 2. Parlamentssitzung der Studentenschaft der TH Darmstadt (2. Teil)

Ort: Restaurant der Otto-Berndt-Halle

Zeit: 5. Nov. 1968, 19,30 Uhr

Vorsitz: Manfred Bischoff, Ältestenratsmitglied

Anwesende:

Vorstand: Gert Cobler, Uwe Lauterbach, Dieter Herold

Fachschaften:

Arch.:	Schander, Hæbler, Jonas	3 von 6
BI.:	Abraham, Becker, Lossen, Wald, Skoupil, Irmer	6 von 10
Chemie:	Quack, Schepp, Limbert, Hennig, Friedel, Knaup	6 von 8
ET.:	Schädlich, Seidel, v. Olshausen, Turnwald, Gier, Kniese, Werber, Biller, Herz, Roth, Reigrotzki	11 von 14
KuS.:	Letschert, Wittmann, Hülsmann, Wilmers, Brune, Kleinbub, Seiwert	7 von 8
MB.:	Schröder, Hellbach, Middelman, Hofmann, Willmann, Schneider, Acker, Bleckwedel, Klimmer	9 von 11
M/Ph.:	Meyer-Schwarzenberger, Schreitmüller, Lohstöter, Müller-Lütgenau, Rosinski	5 von 7

Ältestenrat: Weber, Bischoff, Welker, Werkmann

Durch Anträge mehrerer Parlamentarier kam folgende Tagesordnung zustande:

1. Festlegung der Tagesordnung und Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
 - 1a. Einrichtung eines Informationsreferates
 - 1b. Änderung der Geschäftsordnung
2. Informationsreferent wird gewählt
 - 2a. Godesberg-Ausschuß
3. Studiengang der Informatik
4. Novellierung des Hochschulgesetzes
5. Kinderkrippe, Wohnheim
6. Fall Röhm & Haas
7. Wahl zum AStA 1969

8. Studentenschaftssatzung

9. Verschiedenes

Abgelehnt wurde: Folgende Mitglieder des Programmausschusses Schloßkeller sollen bestätigt werden: Winfried Seidel, Wolfgang Firlus, da die Herren nicht anwesend und den wenigsten persönlich bekannt waren.

Stimmen zu TOP 3a :

Cobler: Mit dem Informationsreferat sollte nicht zuletzt auch den Parlamentariern eine Hilfe geschaffen werden (mittels Arbeitsunterlagen), die Diskussion zu versachlichen.

Roth (ET): Zum Beispiel sollte die Tagesordnung schon eine Woche vorher verschickt werden, um einer besseren Vorbereitung der Parlamentarier wenigstens auf diese Weise entgegenzukommen.

Letschert (KuS): Es soll ein Meinungsmonopol des AStA verhindert werden, (gemeint war wohl der Vorstand). Ein Redaktionsmitglied der dds sollte mitarbeiten, damit auch hier eine Verbindung zur Studentenschaft besteht.

TOP 1a: Einrichtung eines Informationsreferates

Der Antrag, ein Informationsreferat zu gründen, wird einstimmig angenommen, die finanzielle Frage der Aufwandsentschädigung aber ausgeklammert. Tatsache ist, daß noch ein Posten des Haushaltes 67/68 vom ehemaligen Pressereferat zur Verfügung steht.

Vorschläge für die Besetzung des Informationsreferates:

a) Letschert, b) Roth, c) Schneider, d) Rieß

Alle Herren nehmen die Kandidatur an. Bevor die Zusammensetzung des Informationsreferates bestimmt wurde, nahm das Parlament den Antrag an, mit Wirkung von November 1968 die Zahlung von DM 50,-- an die dds für Informationen über AStA- und Parlamentsarbeit ersatzlos zu streichen.

Nun wurde man sich einig darüber, das Informationsreferat mit 4 gleichberechtigten Personen zu besetzen, entsprechend der Anzahl der vorhandenen Kandidatur. Es wurden, gemäß der eingegangenen Vorschläge, die Herren Letschert, Roth, Schneider und Rieß (dds) gewählt.

TOP 1b: Änderung der Geschäftsordnung

Abstimmung: § 11 der Geschäftsordnung, Punkte a und b werden ersatzlos gestrichen.

TOP 2a: Godesberg-Ausschuß

Herr Cobler stellt folgenden Antrag:

Das Parlament möge beschließen:

Der Godesberg-Ausschuß (GA), als Modellausschuß anfangs von der Studentenschaft begrüßt, hat es immer wieder vermieden, eine Diskussion zu führen über die Funktion und den Stellenwert von Wissenschaft als Voraussetzung jeder Überlegung über deren Organisation.

Aus diesem Grunde konnte der GA nichts grundlegend neues erarbeiten, wie es die Studentenschaft von ihm erwartet hatte, sondern mußte zu einem Korrekturinstrument an einem unbestimmten Objekt werden. Es ist zudem bezeichnend für das Selbstverständnis dieses Ausschusses, daß er erst auf den Druck der Studentenschaft hin die Öffentlichkeit seiner eigenen Sitzungen beschloß.

Der GA wurde zum Entlastungsinstrument der reformbedürftigen Gremien selbst - Großer Senat, Senat, Fakultäten - indem dort entstehende Konflikte nicht ausdiskutiert, sondern zur Vermeidung von "Präjudizien" an den GA verwiesen werden. Das Parlament erkennt hierin ein Mittel zur Entpolitisierung; denn nach der neuesten Arbeitsweise des Ausschusses können die tatsächlich dringenden Fragen im GA durch Mehrheitsbeschluß als Grundsatzfragen definiert werden, um nicht weiter behandelt werden zu müssen.

Das Parlament bedauert, daß sich studentische Mitglieder des GA auf dieses Verfahren eingelassen haben, ohne es diskutiert zu haben.

Der GA hat den Auftrag, die bestehende Satzung der THD auf der Grundlage des vom Großen Senat beschlossenen Arbeitspapiers bis zum Beginn des WS 68/69 zu ändern, nicht erfüllt. Der Beschluß, die Anzahl der studentischen Mitglieder im Senat von zwei auf fünf zu erhöhen, und diese mit einem Einspruchsrecht zu versehen (letzte Sitzung des GA) kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Anzahl der Professoren im Senat ebenfalls erhöht wurde (vorletzte Sitzung des GA).

In der Sitzung des GA am 8.11. 68 wird die Frage der Vertraulichkeit des Senats behandelt. Die Politik einiger Hochschulgremien, gerade in der letzten Zeit und die drohende Einführung des numerus clausus veranlassen das Parlament, die studentischen Mitglieder des GA zu beauftragen, die Öffentlichkeit der Beratungen und Beschlüsse des Senats zu fordern. Sollte dieser Antrag im GA als Grundsatzkontroverse nicht behandelt, oder durch die Empfehlung irgendeiner Offenheitsmodalität (Protokollveröffentlichung o.a.) beantwortet werden, so sollen die studentischen Mitglieder im GA ihre Arbeit in diesem Gremium vorerst einstellen.

Diskussion

An diesen Antrag schloß sich eine allgemeine Kritik an der Arbeit des GA an. Dem GA wurde vorgeworfen, offensichtlich nicht einmal in der Lage zu sein, grundsätzliche Fragen der Wissenschaft und deren Organisationsform zu diskutieren, geschweige denn konstruktive Vorschläge zu erarbeiten. Prof. Schultz hielt dem entgegen, es sei wahrscheinlich grundsätzlich nicht möglich, den Wissenschaftsbegriff zu definieren, man könne höchstens den Begriff einkreisen und klarstellen, was Wissenschaft nicht ist. Die anwesenden Professoren Schmieden und Schultz und Herr Nickel wurden heftig angegriffen. Man warf sich gegenseitig Informationsverzerrung vor. Die Anregung von Herrn Nickel, die studentischen Vertreter sollten im Senat begründen, warum die Öffentlichkeit dieses Gremiums gefordert werde, wurde vom Parlament einstimmig abgelehnt, da schon ein entsprechendes Arbeitspapier vorliege.

Abstimmung: Mit 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen wurde der Antrag angenommen.

TOP 3: Studiengang der Informatik

Herr Letachert stellte folgenden Antrag:

Das Parlament möge beschließen:

Die Verfahrensweise des Senats bei der Einführung des Studiengangs Informatik und die Einsetzung der Senatskommission mit Unterkommission entspricht nicht den Vorstellungen der Studentenschaft von demokratischen Entscheidungsformen innerhalb der Hochschule und wird deshalb auf das Schärfste mißbilligt.

Die Studentenvertreter im Senat werden aufgefordert, die Wiederaufnahme des TOP Informatik im Senat zu fordern, unter dem Gesichtspunkt der Umbesetzung der Kommission (3 Studenten) und der Abschaffung der Unterkommission bzw. der Beteiligung der Studentenschaft an der Unterkommission.

Außerdem sollen Sie sich dafür einsetzen, einen von den Fakultäten unabhängigen interdisziplinären Fachbereich "Information" zu schaffen.

Der AstA wird aufgefordert, gemeinsam mit den Fachschaften Vorstellungen über die Arbeit in diesem Fachbereich zu entwickeln und dem Parlament vorzulegen.

Diskussion: Der stellvertr. Vorsitzende Lauterbach informierte das Parlament über die überstürzte Einführung des Informatikstudiums durch den Senat und die dabei angewendeten Methoden, die charakteristisch für die "Professoren-Universität" anzusehen seien.

Abstimmung: Bei 5 Enthaltungen angenommen.

TOP 4: Novellierung des HHG

Herr Cobler wies auf die Synopse hin, (Schütte-Entwurf, FDP-Entwurf, Entwurf der AstA-Vorsitzenden von Gießen, Marburg und Darmstadt). Er kündigte für die folgenden Tage eine eigene Stellungnahme an, erweitert durch eine Dokumentation des professoralen Protests gegen die Schütte-Entwürfe von 1965 und 1968. Die Stellungnahme sollte den Parlamentariern zugeschickt werden.

Der Rektor der THD habe es abgelehnt, über das HHG im Senat zu sprechen, da der Entwurf keine gemeinsame Basis enthalte. So kam es zum Antrag von Herrn Wittmann.

Das Parlament möge beschließen:

Das Parlament der Studentenschaft der THD fordert den Rektor der TH auf, bei nächster Gelegenheit zu seinen Äußerungen bezüglich des Referentenentwurfs - soweit sie nicht privater Natur waren - vor diesem Parlament Stellung zu nehmen.

Er wurde bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen angenommen.

Im folgenden Bericht wies Herr Cobler darauf hin, daß der Negativkatalog dazu mißbraucht werde, die Studenten von wichtigen Vorbesprechungen fernzuhalten.

Herr Müller-Lütgenau formulierte folgenden Antrag:

Das Parlament möge beschließen:

Da der Verdacht besteht, daß - wie bereits geschehen - unter dem TOP Personalia im Senat solche Fragen behandelt werden, die nicht unter den Negativkatalog fallen, werden die studentischen Mitglieder des Senats aufgefordert, bei der ganzen Senatssitzung dabei zubleiben.

Herr Cobler gab die Satzungswidrigkeit dieses Antrags zu bedenken. Dennoch nahm das Parlament bei der Abstimmung mit 2 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen den Antrag an.

TOP 5: Kinderkrippe, Wohnheim

Bei dieser Sitzung lagen die Anträge des stellvertr. Vorsitzenden Herold zur Bedarfsfeststellung zur Errichtung einer Kindertagesstätte und Wohnheimsituation jedem Parlamentarier vor.

Kindertagesstätte:

Das Parlament stellt fest:

Bereits an mehreren deutschen Hochschulen sind in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Studentenwerken Kindertagesstätten errichtet worden, die sich nicht nur die technisch perfekte Aufbewahrung der Kinder, sondern auch eine nichtrepressive Erziehung zum Ziel setzen.

Es wird versucht, besonders im überregionalen Arbeitskreis Kindertagesstätten des VDS durch Zusammenarbeit von Pädagogen und Psychologen mit den neuesten Erkenntnissen der Erziehung ein Vorbild für bessere Erziehung überhaupt zu schaffen.

Die Einrichtung einer Kindertagesstätte hat Modellcharakter. Sie müßte allen Bevölkerungsschichten offenstehen (um ständestaatlichen und elitären Tendenzen entgegen zu wirken). Durch häufige Zusammenkünfte der Eltern wird ermöglicht:

- Die Eltern in den Lernprozeß mit einzubeziehen, damit diese die gewonnenen Erkenntnisse auch außerhalb der Kindertagesstätte an ihren Kindern anwenden können;
- die Eltern über die Erziehung ihrer Kinder mitbestimmen zu lassen;
- die Eltern über das Verhalten ihrer Kinder in der Kindertagesstätte zu informieren.

In der jetzigen Gesellschaft verhindern staatliche, kirchliche und private Institutionen durch direkten Zwang (Sauberkeitsadressate) und durch Unterwerfung der Kinder unter das doktrinäre Normensystem der Erwachsenen die Entwicklung des Individuums zu einer bewußten und freien Persönlichkeit. (Jene Institutionen verhindern nämlich in ihrer Funktion als Vater-Imagines die Überwindung der ödipalen Phase). Psychoanalytische Untersuchungen bestätigen auch, daß die auf pubertärem Stadium stehengebliebenen (eben durch die Vater-Imagines) leichter manipulierbar sind als solche, die diese Phase überwunden haben.

Deshalb möge das Parlament beschließen:

Das Studentenparlament beauftragt den AStA eine Bedarfsfeststellung für eine Kindertagesstätte in die Wege zu leiten. Für die umfangreichen Arbeiten insbesondere der Auswertung (evtl. durch Computer) kann ein Sachbearbeiter benannt werden.

Das Ergebnis der Auswertung wird dem Parlament vorgelegt, um dann weitere Entscheidungen zu treffen, insbesondere über die Errichtung einer Trägerschaft und die Bildung eines Gesprächskreises über Kindererziehung mit Eltern, Kindererziehern und Psychologen.

gez. Dieter Harold

Bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

2. Antrag:

Das Parlament möge beschließen:

Die Studentenschaft der TH Darmstadt fordert den Vorstand des VDS auf, dem seit dem Herbst 1967 errichteten Arbeitskreis über Kindertagesstätten auf zentraler Ebene finanziell und organisatorisch zu unterstützen.

1 Stimmenthaltung, einstimmig angenommen.

3. Antrag:

Wohnraumsituation:

Das Studentenparlament stellt fest:

Die 727 vorhandenen Wohnheimplätze in Wohnheimen des Studentenwerks schaffen für nur etwa 10 % der Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt Unterkunft. Die Wartezeit auf einen Wohnplatz beträgt etwa 2 Semester, obwohl nur die hartnäckigsten Bewerber sich in die Liste eintragen lassen; die meisten stellen angesichts der langen Wartezeit erst gar keinen Aufnahmeantrag.

Die Lage auf dem privaten Wohnungsmarkt in Darmstadt ist ebenso katastrophal. Zunächst sind wirtschaftlich immer weniger Familien auf eine Weitervermietung ihrer Zimmer angewiesen, weiter ist Untervermietung in Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus meist nicht möglich oder verboten. Bei der Zimmerknappheit werden die Studenten gezwungen überhöhte Mietpreise (besonders in der TH-Nähe) zu zahlen, unzumutbare lange Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, Zimmer zu mieten die nicht heizbar sind und keine Küchen- und Badbenutzung ermöglichen, über die Mietpreise hinaus zusätzliche Dienstleistungen zu erbringen und sogar menschenunwürdige Bedingungen (generelles Besuchsverbot) einzugehen.

Die Wohnraumsituation ist so katastrophal, daß zum jetzigen Semesterbeginn mehrere Studenten gezwungen waren, zunächst in der Jugendherberge zu wohnen.

Durch Vergleiche mit dem Ausland und durch sonstige Erhebungen hat sich gezeigt, daß für etwa 50 % der Studenten Wohnraumplätze geschaffen werden müssen. Kurzfristig bis 1975 müssen dringend 30 % der Studenten in Wohnheimen untergebracht werden. Legt man bis dahin speziell für Darmstadt eine Studentenzahl von ca. 8 - 10.000 zugrunde, (wie dies auch das Studentenwerk tut) so müssen bis dahin etwa 2300 neue Heimplätze gebaut werden. Das bedeutet, daß jährlich etwa für 350 bis 400 Studenten zusätzliche Unterkünfte erforderlich sind. Bei den jetzigen Durchschnittskosten von

19.000 DM pro Wohnplatz heißt dies, daß jährlich etwa 7 Millionen DM Baukosten zur Verfügung gestellt werden müssen.

Angesichts dieser Wohnraumsituation wäre die sofortige Fertigstellung und Erweiterung des Wohnheims Nieder-Ramstädter Str. 177 und den unverzüglichen Baubeginn des Wohnheims Karlshof, dringend erforderlich. Die Pläne für dieses Projekt, das mit drei Hochhäusern für 750 Studenten Platz schaffen würde sind längst erstellt, doch fehlt die Finanzierung.

Die Stagnation des Wohnheimbaus in den letzten Jahren ist Folge einer verfehlten Finanz- und Kulturpolitik. Es ist festzustellen, daß durch die Folgekosten der Notstandsgesetzgebung und der erneuten zusätzlichen Ausgaben für Rüstung der Wohnheimbau weiter verschleppt werden wird.

Aufgrund dieses Tatbestandes möge das Parlament beschließen:

Der AStA-Vorstand soll beim Vorstand des Studentenwerks vorstellig werden, um zu hören, welche Unterstützung dieser bei der Durchsetzung der Finanzierung der Wohnheime von der Studentenschaft für günstig hält.

Private Initiativen zum Bau von Wohnheimen sollen nach Möglichkeit unterstützt werden (z.B. bei der Grundstücksbeschaffung).

Es soll geprüft werden, in welcher Weise der Wohnungsmangel durch momentane Hilfeleistungen des AStA, (z.B. bei der Mietung ganzer Häuser durch Vorfinanzierung der Kaution) gemildert werden kann.

Auf einem Teach-in soll die Wohnungssituation dargelegt und Möglichkeiten direkter Aktionen diskutiert werden.

gez. Dieter Herold

Diskussion

Einige Parlamentarier erwogen unter anderem zur Behebung der Wohnheim-misere die Besetzung des Hotels "Traube" (Eigentum der Stadt) und die Repräsentationsräume des Rektors.

Abstimmung: 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen angenommen.

Aus technischen Gründen wurde die Parlamentssitzung zukünftig auf Donnerstag verlegt.

Zum Wohnraumproblem stimmte das Parlament noch folgendem Antrag mit 18 für und 15 Gegenstimmen bei 3 Stimmenthaltungen zu.

Das Parlament möge beschließen:

Der AStA wird mit der Durchführung der Vorplanung zum Bau einiger Studentenwohnheime beauftragt. (Hermann Letschert).

Die Sitzung wurde wegen Beschlußunfähigkeit geschlossen.

Die 3. Parlamentssitzung wurde auf Donnerstag, den 14.11. 1968 vertagt.